

Die palästinensischen Vereine in Deutschland  
c/o Das palästinensische Haus e.V.  
Karl- Marx- Straße 171  
12043 Berlin  
E-Mail: palaestinahaus@hotmail.com

Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel  
Bundeskanzleramt  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin

17.04.2013

**Betreff: Offener Brief anlässlich des Jahrestages der palästinensischen Gefangenen**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

der 17. April ist der Jahrestag der palästinensischen Gefangenen.

Die Frage der Gefangenen ist die heikelste Frage für das palästinensische Volk, in der Art seines Kampfes um Unabhängigkeit und Freiheit von der israelischen Besatzung zu erreichen.

Mit einer geschätzten Zahl der Verhaftungen gegen die Palästinenser seit 1967 ca. 800.000, würde mehr als 20% des palästinensischen Volkes in verschiedenen Zeiträumen und auf verschiedene Arten von der israelischen Besatzung in Haft genommen.

Heute sind noch mehr als 5.000 Gefangenen in den Gefängnissen der Besatzung auf mehr als 27 Häftlingslagern und Lagern der Besatzungsarmee verteilt. Unter der Gefangenen sind Dutzende palästinensische Frauen und minderjährige Kinder unter dem Alter von 18 Jahren.

Die israelischen Gefängniswärter üben verschiedene Formen von Folter an palästinensischen Gefangenen, wie Hängen, Entfernen von Kleidung während der Nacht, Schlagen, Schütteln, und sogar Vergewaltigen und das abgesehen von der psychischen Folter. Seit 1967 starben über 200 palästinensische Häftlinge, die letzten Opfer sind Arafat Jaradat, der unter Folter der israelischen Gefängniswärter getötet ist, und Maisara Abu Hamdia, der seit 2002 in Haft war und durch medizinische Vernachlässigung starb.

Viele palästinensische Häftlinge in Israels Gefängnissen haben seit Monaten einen Hungerstreik mit offenem Ende begonnen, um für die Freilassung von palästinensischen Gefangenen zu kämpfen.

In diesem Zusammenhang machen wir die israelische Regierung für das Leben der palästinensischen Gefangenen insbesondere von Samer Al-Isawi, der seit über 260 Tagen mit dem Hungerstreik begann, verantwortlich.

Seit 6 Jahren untersagt die israelische Gefängnisverwaltung, die Einführung von Winterkleidungen für die palästinensischen Gefangenen. In diesem Jahr war der Winter sehr kalt und die palästinensischen Gefangenen müssten ohne Bekleidungen und ohne Essen auf den Höfen der Häftlingslager stundenlang mit diesen schlechten Wetterbedingungen stehen. Die Situation in den Haftanstalten wird immer schwieriger und gefährlicher.

Wir, die arabischen Gemeinden in Deutschland, appellieren an die Bundesregierung und an die EU, sich für eine rasche nachhaltige Friedenspolitik im Nahen Osten und für die Freilassung aller palästinensischen Gefangenen insbesondere der Hungerstreikenden einzusetzen.

Der Frieden kann nur durch die Anerkennung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes erreicht werden. nämlich:

das Selbstbestimmungsrecht,

das Recht auf Rückkehr in die Heimat und

das Recht auf Gründung seines unabhängigen palästinensischen Staates mit Jerusalem als Hauptstadt.

Wir rufen alle Menschen guten Willens auf, für diese Rechte einzustehen, sich zu beteiligen am Protest gegen die Verletzung elementarer Menschenrechte in den besetzten Gebieten, ihre Stimme zu erheben gegen den ganz gewöhnlichen Diebstahl des Lebensgrundlagen eines ganzen Volkes.

Es darf nicht mehr sein, dass, die Weltgemeinschaft noch zuschaut, wie Israel alle internationalen Resolutionen, Menschenrechtsrichtlinien und die Genfer Konventionen mit Füßen tritt.

Es gibt keinen Frieden und keine Stabilität im Schatten der Inhaftierung von Palästinensern, des Siedlungsbaus, der Konfiszierung palästinensischen und arabischen Bodens, der Fortdauer der Besetzung und der Missachtung und Zerstörung unserer christlichen und islamischen Heiligtümer.

Wir rufen die Bundesrepublik Deutschlands und somit die Bundesregierung auf, Stellung zu beziehen, um den Friedensprozess zum Erfolg zu führen. Dies bedeutet, Israel keine Kredite, Garantien oder Wirtschaftshilfe und gar keine Waffenlieferung zu gewähren, diese führen dazu, mehr Siedlungen zu errichten und die Besetzung fortbestehen zu lassen.

Die Bundesregierung muss mehr Druck auf Israel ausüben, um die Freilassung der palästinensischen Gefangenen aus den israelischen Haftanstalten zu zwingen, eine Beendigung des Siedlungsbaus zu sorgen, den Rückzug der israelischen Besatzungsarmee aus den palästinensischen Gebieten zu fordern und die unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes anzuerkennen und somit den UN-Resolutionen Folge zu leisten.

Freiheit für die palästinensischen Gefangenen  
Freiheit für Palästina

Hochachtungsvoll

Die palästinensischen Vereine in Deutschland